

Im Gasstreit beginnt Europa langsam zu frösteln

Die Positionen zwischen Russland und der Ukraine sind festgefahren. Beide Seiten werfen sich Erpressung vor. Europa ist besorgt, weil die Gasreserven nur wenige Wochen ausreichen.

Von David Nauer, Moskau

Polen, Ungarn, Tschechien – jetzt auch noch Griechenland und Kroatien. Immer mehr europäische Länder melden, dass sie weniger russisches Gas bekommen als gewöhnlich. Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine wird damit zunehmend zum internationalen Problem.

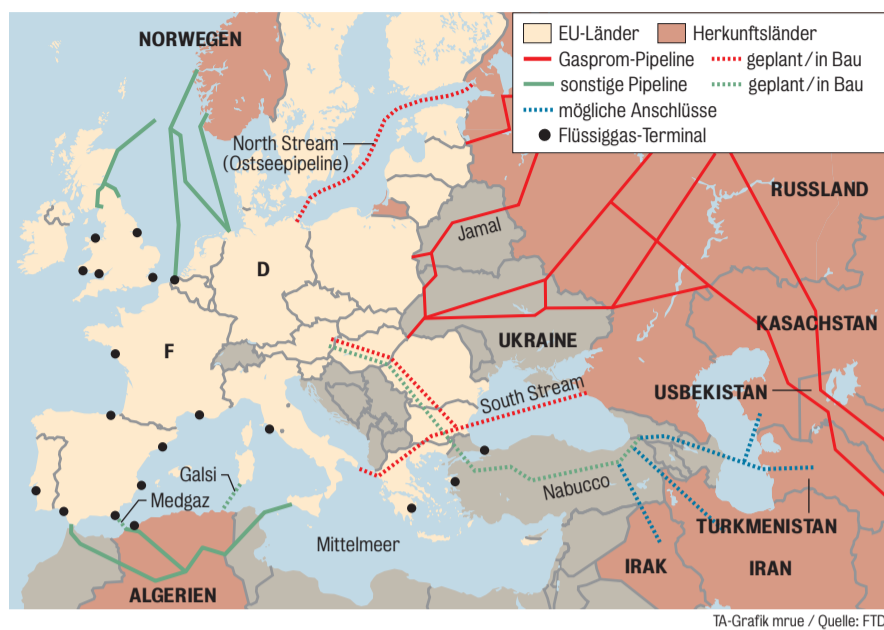
Russland hatte die Gaslieferungen in die Ukraine am 1. Januar eingestellt. Begründet wurde die radikale Massnahme mit dem «Unwillen» der Ukraine, einen neuen Liefervertrag zu unterzeichnen. Zudem erklärte der russische Staatskonzern Gazprom, die Ukraine habe alte Rechnungen in Milliardenhöhe nicht bezahlt. Der ukrainische Energiekonzern Naftogas Ukrainy, der ebenfalls vom Staat kontrolliert wird, streitet die Vorwürfe ab. Die Positionen scheinen festgefahren: Beide Seiten werfen sich «Erpressung» vor.

Europa als bedeutender Abnehmer

Europa schaut derzeit besorgt nach Osten. Die Europäische Union deckt 25 Prozent ihres Verbrauchs mit russischem Gas. Davon werden rund 80 Prozent über ukrainische Pipelines importiert. Ein EU-Sprecher verlangte gestern Montag «eine sofortige Lösung im Handelsstreit». Die Gaslieferungen in die EU müssten «in vollem Umfang wieder aufgenommen werden». Schliesslich befindet man sich «mitte im Winter».

Dramatisch sind die Lieferengpässe bei jetzt nicht. Nachdem Russland den Ukrainern schon bei früheren Konflikten das

Die wichtigsten Gaspipelines in die EU



Gasventil zugezogen hatte, legten die meisten EU-Staaten grössere Gasreserven an. Diese, so schätzen Experten, reichen aus, um Europas Wohnungen einige Wochen lang heizen zu können.

Doch der Streit zeigt einmal mehr, wie undurchsichtig und willkürlich das Gasgeschäft ist. So bleibt etwa unklar, wer den Druckabfall in den Transitleitungen zu verantworten hat. Gazprom behauptet, die Ukraine stehe für Europa bestimmtes Gas. Naftogas Ukrainy beklagt dagegen, die Russen würden zu wenig Gas für den Transit nach Europa liefern.

Für Aussenstehende sind diese Angaben nicht zu überprüfen. Unabhängige Experten haben keinen Zugang zu den Gasventilen, viele Lieferverträge und Abmachungen sind als geheim klassifiziert. Eine unklare Rolle spielen zudem Zwischenhändler wie die in der Schweiz registrierte

Rosukrenerg. Richtig obskur ist die Preisgestaltung. Im Prinzip ist der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt. Während der Boomjahre verdiente Gazprom Milliarden, doch seit Beginn der Finanzkrise ist der Ölpreis auf ein Drittel abgesackt. Von einem analogen Preiszerfall beim Gas will man in Moskau nichts wissen. Im Gegenteil: Die Ukraine, welche bisher zu Sonderkonditionen beliefert wurde, soll künftig deutlich mehr bezahlen.

Schwelende Machtkonflikte

Aber wie viel mehr? Noch Ende Dezember hat Gazprom der Ukraine einen «Freundschaftspreis» von 250 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter angeboten – was einem Aufschlag von rund 70 Dollar entsprochen hätte. Kiew lehnte den Vorschlag ab. Inzwischen haben

die Russen ihre Forderungen fast verdoppelt. Laut Gazprom-Chef Alexei Miller sollen die Ukrainer künftig 450 Dollar bezahlen. Bei einem solchen Preis würde die ukrainische Wirtschaft jedoch rasch kollabieren.

Moskaus Unnachgiebigkeit hat auch einen politischen Hintergrund. Der Führungsriege im Kreml missfällt, dass die ukrainische Regierung das Land in die EU und in die Nato führen will. Russland betrachtet die Ukraine als Teil seines Einflussgebietes. Der seit Jahren immer wieder ausbrechende Gasstreit stellt zuneh-

mend die Zuverlässigkeit von Russland als Lieferant sowie der Ukraine als Transitland in Frage. Beide Parteien bemühen sich deswegen um Verständnis in Europa. Die Ukraine hat die EU aufgefordert, als Vermittlerin in den Streit einzugreifen. Eine ukrainische Delegation reiste eigens durch europäische Hauptstädte, um für diese Idee die Werbetrommel zu rühren. Auch Gazprom-Vizechef Aleksander Medwedew wurde aktiv und besuchte gestern Paris. Gazprom werde alles tun, damit die europäischen Gaskunden nicht leiden müssten, liess er verlauten.

Schweizer Gasversorgung gesichert

Der Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland betrifft die Schweiz nur am Rand.

Von Andreas Flütsch

Seit der Einführung des Erdgases in der Schweiz 1974 klappt die Versorgung zuverlässig und ohne Unterbruch, sagt Ruedi Rohrbach, Chef der Branchenorganisation Swissgas: «Wir erwarten des Erdgaskonflikts zwischen Russland und der Ukraine wegen auch weiterhin keinerlei Beeinträchtigung.»

Die Versorgungssicherheit in der Schweiz ist sehr hoch. Sie beruht auf einer «geografisch breit abgestützten Beschaffung».

Aus Russland bezieht die Schweiz nur 21 Prozent ihres Erdgases. Grosse Teile Europas sind weit abhängiger vom russischen Gas: Deutschland bezieht beispielsweise über 40 Prozent des Gases aus Russland. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass aus Russland viel weniger oder gar kein Gas

mehr in die Schweiz flösse, liesse sich der Ausfall durch Lieferungen aus anderen Quellen ersetzen.

Die Schweiz profitiert von ihrer zentralen Lage in Europa. Sie bezieht über Deutschland, Frankreich und Italien Erdgas aus einer Vielzahl von Quellen. Norwegen liefert mit 21 Prozent gleich viel wie Russland. Weitere 50 Prozent des Schweizer Jahresverbrauchs von rund 34 Milliarden Kilowattstunden (2007) stammen aus dem EU-Raum – weitaus wichtigster Lieferant ist hier erstaunlicherweise Holland, das an Land und im Meer Erdgas fördert. Gas kommt aber auch aus Ländern wie Dänemark.

Im Westen bezieht die Schweiz Gas aus Frankreich, beispielsweise von den fusionierten Gaz de France und Suez, die ihrerseits bedeutende Mengen aus Algerien beziehen. Über Italien ist die Schweiz an mehrere Gaslieferländer in Nordafrika angeschlossen.

Die Fäden bei der Versorgung zieht Swissgas, die im Auftrag der vier regionalen Versorger 80 Prozent der Schweizer Nachfrage zentral einkauft.

KOLUMNE

Adieu Bankenkommission

Von Hans Geiger*

Wir sagen Adieu zur EBK, der eidgenössischen Bankenkommission. Adieu ist ein schweizerdeutscher Abschiedsgruss. Etymologisch stammt er von «Gott befehlen» und ist wörtlich genommen ein Gruss zum endgültigen Abschied. Wir sagen deshalb auch nicht «auf Wiedersehen», denn ein solches gibt es nicht. Am 1. Januar ist die EBK verschwunden und in der Finma, der neuen Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht, aufgegangen. Das ist schade, denn die EBK hätte dieses Jahr das 75-jährige Jubiläum feiern können und dafür eine schöne Jubiläumsschrift verdient.

Mit der Schaffung der integrierten Finanzmarktaufsicht, die neben dem Banken- und Börsenbereich neu auch die Versicherungen umfasst, hat sich die Aufsicht der Allfinanz-Strategie der Beaufichtigten aus den Neunzigerjahren angepasst. Nachdem das Modell Allfinanz allerdings vor rund zehn Jahren definitiv gescheitert ist, scheint eine entsprechende Aufsicht auch nicht wirklich zwingend. Die Schweiz ist bezüglich Finanzmarktaufsicht jetzt europakompatibel geworden. Der internationale Status scheint für den Bundesrat ein entscheidender Grund für die Schaffung der Finma gewesen zu sein. Er will damit der schweizerischen Aufsicht «im internationalen Verhältnis ein grösseres Gewicht verleihen». Dieses war bei der EBK allerdings bereits recht hoch.

Historisch gesehen wäre die EBK in der heutigen Krisenzeit die richtige Behörde. Sie ist selbst das Produkt einer Krise. Sie wurde 1934 geschaffen, in einer Zeit, die gemäss damaliger bundesrätlicher Botschaft geprägt war durch eine «Bankenkrise grössten Ausmasses in den USA» und durch «eine hinsichtlich ihres Umfangs beispiellos dastehende Bankenkrise in Deutschland». Seither hat sich die Bankbranche zum wichtigsten Wirtschaftszweig der Schweiz entwickelt. Dafür sind nicht einzig Bankengesetz und Aufsicht verantwortlich, einen wesentli-

chen Beitrag dazu haben sie jedoch zweifellos geleistet. 1934 war die Schweiz kein internationaler Finanzplatz, ausländische Institute waren kaum präsent. Heute sind 40 Prozent der Banken in der Schweiz ausländisch beherrscht. Die Aufsicht durch die EBK war in den 74 Jahren insgesamt erfolgreich. Es wäre schön gewesen, wenn die EBK ihre Geschichte mit der Verhinderung der UBS-Krise hätte abschliessen können. Doch das ist Wunschdenken. Wie sollten die zehn UBS-Kontrollreue bei der EBK eine Risikoexposition erkennen, welche die Bank selber mit rund 3400 Personen, die sich mit Risikokontrolle befassen, noch im März 2007 als «voll abgesichert» bezeichnete?

Die Finma ist kein Kind der Krise. Sie wurde geschaffen in einer Zeit regulatorischer Höhenflüge zur «Optimierung der Aufsicht». Solches ist heute nicht gefragt. Es geht wieder um Krisenbewältigung und -verhinderung. Die Herausforderungen für die neue Behörde sind nicht kleiner als 1934 die EBK. Drei Wünsche begleiten die Finma für die Zukunft: Die

Bankenaufsicht möge sich an den Lehren der Krise statt an kostspieligen Ideen über eine «optimale Aufsicht» orientieren. Die «amtliche Kontrolle soll den Verantwortungssinn der Verwaltungsorgane nicht schwächen» schrieb der Bundesrat 1934. Auch heute soll sie zu den Banken kritische Distanz halten. Die Aufsicht soll der Disziplin des Marktes mehr Spielraum gewähren. Wettbewerb ist das bessere Mittel gegen Systemkrisen als eine Bevormundung durch die Aufsicht.

Für all dies braucht die Finma vor allem eines: Sie muss gute Leute anstellen und diese auch halten können. Dies erfordert unter anderem Arbeitsbedingungen, die gegenüber dem Privatsektor konkurrenzfähig sind.

*Hans Geiger, 65, ist emeritierter Professor am Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich. www.hansgeiger.ch



Steve Jobs leidet an «Hormonproblemen»

San Francisco. – Apple-Chef Steve Jobs ist schwerer erkrankt als bislang von der Firma zugegeben. Der 54-jährige Gründer des Computerunternehmens trat gestern mit einem ungewöhnlichen Schreiben an die Öffentlichkeit. Er habe im letzten Jahr permanent ein Gewicht verloren, die Gründe dafür seien ihm jedoch «ein Rätsel» geblieben. Vertiefte Analysen hätten nun gezeigt, dass er an einem «Ungleichgewicht der Hormone» leide, was dem Körper lebensnotwendige Proteine entziehe. Jobs ging nicht näher auf die Ursachen ein und sprach lediglich von einem «Ernährungsproblem», das bis Ende Frühling behoben sein sollte. Deshalb gedenke er, seine Stelle als Firmenchef zu behalten. «So, damit habe ich mehr gesagt, als ich wollte, und das ist alles, was ich dazu sagen werde», heisst es abschliessend im Brief an die «Liebe Apple-Gemeinde».

Krebsoperation vor sechs Jahren

In einem Zusatz stellt sich der Verwaltungsrat voll hinter den Chef und versichert, die Öffentlichkeit zu informieren, «falls je der Tag kommen sollte, an dem Steve sich zurückziehen will oder aus einem anderen Grund seine Aufgabe als CEO nicht mehr erfüllen kann». Mit dem Schreiben reagierte Jobs auf anhaltende Gerüchte über seinen Zustand, die ihn nach seinen eigenen Worten teilweise



BILD JUSTIN SULLIVAN/GETTY IMAGES

Der wahre Gesundheitszustand bleibt im Dunkeln: Apple-Gründer Steve Jobs.

«bereits auf dem Totenbett» vermuteten. Begonnen hatten die Mutmassungen mit Auftritten im letzten Jahr, in denen er ausgemergelt wirkte. Vor Weihnachten teilte Apple aus heiterem Himmel mit, sich von der führenden Technologiefachmesse in San Francisco, der MacWorld, zurückzuziehen. Der Apple-Gründer hatte stets ein Geheimnis um seinen Zustand gemacht,

nachdem ihm 2003 ein Tumor an der Bauchspeicheldrüse operativ entfernt worden war. Davon wurde die Öffentlichkeit erst im Nachhinein ins Bild gesetzt. Auch die jüngste Verlautbarung wurde gestern teilweise als ungenügend und wenig vertrauenerweckend bezeichnet. (wn)

Siehe auch «Im Rampenlicht», Seite 27

Madoff-Erinnerungsstücke werden bei Ebay verhökert

Zürich. – «Helft mir, meine enormen Verluste wieder gutzumachen!» Mit diesem Aufruf preist ein Verkäufer auf Ebay einen Tischhumidor mit Bernard Madoffs Logo an. Eine luftdichte Zigarren-Box aus Zedernholz mit integriertem Luftbefeuchter. Ein Werbegeschenk aus besseren Zeiten – bevor aufflog, dass Madoff ahnungslose Investoren um 50 Milliarden Dollar betrogen hatte. Sein Vermögen wird der geschöpfte Investor (wenn es nicht bloss ein Werbe-

gag ist) damit nicht zurückbekommen. Das höchste Gebot liegt derzeit bei 46 Dollar.

Es gibt aber auch Liebhaberstücke, die hoch im Kurs liegen. Für die Geschenke aus der Strandserie – Madoffs Startkapital stammt aus seiner Zeit als Rettungsschwimmer auf Long Island – wird fleissig geboten. Das Badetuch mit dem Leuchtturm (der dazugehörige Slogan: «Sichern Sie sich ein Stück Geschichte») steht bei 41 Dollar, die Strandtasche mit dem Börsen-

kurzel MADF kostet 86 Dollar. Die orange Mütze, die offenbar an einem Golfanlass für Mitarbeitende verteilt wurde, bringt 23 Dollar ein. Am teuersten ist eine Fleece-Jacke mit Stickerei «Madoff Securities»; sie steht bei 510 Dollar. Versteigert wird auch allerlei Kurioses: Eine signierte Weihnachtskarte (38 Dollar), die Visitenkarte von Bernard Madoffs Sohn Mark (46 Dollar) und der letzte Kontoauszug eines Madoff-Kunden (99 Dollar). (aba)



BILDER EBAY

Tischhumidor, Badetuch, Strandtasche, Golfmütze oder Fleecejacke: Madoffs Werbegeschenke werden zu Geld gemacht.